



<p>Wie kann der Zustand unserer Schüler verbessert und können die Massen verkleinert werden?</p> <p>Möglichst gute Chancen für jedes Kind und jeden jungen Menschen sind das Ziel von CDU und CSU. Für die Bildungspolitik sind grundsätzlich die Bundesländer zuständig, die zusammen mit den Kommunen viel Geld in Bildung investieren.</p> <p>Zusätzlich hat auch der Bund - z. B. mit dem Digitalpakt Schule - unterstützt. Um die Lehr- und Lernbedingungen in den Schulen zu verbessern, werden zusätzliche Lehrkräfte benötigt.</p> <p>Die Bundesländer wollen daher in den nächsten Jahren mehr Lehrerinnen und Lehrer in den Grundschulen und in der Sekundarstufe I einstellen.</p>	<p>Wie kann die Geschlechtergerechtigkeit erreicht werden?</p> <p>Geschlechtergerechtigkeit kann u. a. durch gleiche Chancen von Frauen und Männern im Beruf erreicht werden. Ein wichtiger Schritt war hier das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst.</p> <p>CDU und CSU setzen sich für mehr Familienfreundlichkeit auch in Führungspositionen ein.</p> <p>Wir gehen die Unterschiede in der Altersvorsorge von Männern und Frauen genauso an wie die nicht akzeptablen Lohn- und Gehaltsunterschiede bei gleicher Arbeit.</p>	<p>Was tun, damit Kinder & Jugendliche mehr Freude am Lernen haben?</p> <p>Der Unterricht und das Lernen müssen so gestaltet sein, dass Kinder und Jugendliche neugierig werden und Lust am Lernen haben.</p> <p>Schülerinnen und Schüler sollen nicht nur für gute Noten in Klassenarbeiten gelobt werden, sondern auch, wenn sie sich besonders anstrengen. Wichtig ist ein abwechslungsreicher Unterricht, bei dem zum Beispiel auch Lern-Apps verwendet werden.</p> <p>Zeit mit Freunden, für den Sport, für Musikmachen oder andere Freizeitaktivitäten sind ebenso wichtig für die Lernfreude.</p>	<p>Soll das BAföG grundsätzlich eltern-unabhängig werden?</p> <p>CDU und CSU wollen das BAföG flexibilisieren. Es soll besser an die individuelle Situation während der Bildung und Weiterbildung im Lebensverlauf passen. Gleichwohl bleibt das BAföG eine Sozialleistung.</p> <p>Das BAföG sollen also nur diejenigen bekommen, die oder deren Eltern kein hohes Einkommen/Vermögen haben.</p> <p>Daher sind weiterhin Einkommens- und Vermögensprüfungen erforderlich. Dies ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit.</p>	<p>Wie kann eine angemessene Bezahlung der Menschen in Kitas, Pflege und Sozialarbeit erreicht werden?</p> <p>Uns ist es ganz wichtig, dass Kinder, ältere Menschen und Menschen in schwierigen Lebensphasen gut betreut werden. Das geht nur, wenn die gesamte Gesellschaft die wichtige Arbeit in Kitas, Pflege und Sozialarbeit wertschätzt und wenn die dort arbeitenden Menschen auch eine gute Bezahlung erhalten.</p> <p>Dafür müssen in erster Linie Arbeitgeber und die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmer sorgen. Damit zukünftig Arbeitsbedingungen und die Bezahlung stimmen, unterstützen wir sie als Politik mit den notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen.</p>	<p>Wie können Mieten für alle Menschen bezahlbar werden?</p> <p>Das Wichtigste ist, dass mehr Wohnungen gebaut werden. Nur wenn es genug Wohnungen gibt, bleiben die Mieten bezahlbar. Das sieht man in vielen Großstädten: wo es wenig Wohnraum gibt, steigen die Mieten. Deshalb muss mehr, schnell, modern und bezahlbar gebaut werden.</p> <p>Unser Ziel ist, dass bis 2025 mehr als 1,5 Millionen neue Wohnungen entstehen. Dafür fördern wir den Wohnungsbau und den sozialen Wohnungsbau. Diejenigen, die es trotzdem schwer haben, ihre Mieten zu bezahlen, erhalten Wohngeld. Das werden wir in Zukunft regelmäßig anpassen.</p>	<p>Wie kann erreicht werden, dass bei politische Entscheidungen – wenn es um Menschenrechte geht – nicht doch die Kostenfrage dominiert?</p> <p>Die Menschenrechte gelten weltweit. Dem Versuch von Diktaturen, diesen Konsens aufzuweichen, treten CDU und CSU entschieden entgegen. Wir müssen dort, wo es nötig ist, den Machtwillen von Gegnern der Menschenrechte entgegenreden – in enger Abstimmung mit gleichgesinnten Demokratien mit Stärke und Geschlossenheit.</p> <p>Wir wollen insbesondere die Menschenrechtsgelungen von internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder dem Europarat stärken. Kinder, Menschen mit Behinderungen oder Flüchtlinge sind dabei besonders schutzbedürftig.</p>	<p>Wie kann den vielen Obdachlosen geholfen werden?</p> <p>Wir arbeiten dafür, dass wir eine Gesellschaft helfen, die zusammenhält: Junge und Ältere, Starke und Schwächere. Wir müssen vor allem verhindern, dass junge Menschen obdachlos werden, weil sie z. B. im Elternhaus Probleme haben. Wir setzen uns daher für den flächendeckenden Ausbau von Betreuungsgelboten für Kinder und Jugendliche in schwierigen La-gen ein.</p> <p>Auch wollen wir die Hilfen intensivieren, um Menschen aus der Obdachlosigkeit herauszuholen. Unser solidarisches Sicherungssystem ist stark, um ihnen ein Leben in Würde zu gewährleisten.</p>	<p>Wie kann der Vorrang von ÖPNV, Fahrrad und Fußgänger*innen im (Stadt-)Verkehr geschaffen werden?</p> <p>Gute und sichere Wege sind der entscheidende Schlüssel für den Radverkehr und werden von den Radfahrern und Radfahrerinnen zuerst eingefordert. Es geht um gut ausgebauten Radverkehr, sichere Abstellmöglichkeiten und Sharing-Systeme. CDU und CSU wollen den Nationalen Radverkehrsplan mit Nachdruck umsetzen und weiterentwickeln. Dieser umfasst viel mehr als den Radwegbau an Bundesstraßen.</p> <p>Wir werden auch vernetzte Wege in den Kommunen und Regionen weiter fördern und setzen auf Radschnellwege, um den Pendelverkehr zur Arbeit attraktiver zu machen.</p>	<p>Wie haben sie junge Menschen an ihrem Wahlprogramm beteiligt?</p> <p>Wir haben die größte digitale Beteiligungskampagne in unserer Geschichte gestartet. Der Rücklauf war überwältigend! Wir haben unter den vielen tausend Ideen die besten ausgesucht und die meist jungen Leute zu einer Pilotstudie eingeladen. Fast alle Ideen sind dann auch direkt ins Regierungsprogramm gewandert. Zum Beispiel das kostenlose Interair-Ticket für alle 18-Jährigen oder dass junge Menschen neben ihrer Ausbildung noch mehr Geld verdienen können.</p> <p>Dazu sind wir die Generationenrente, bei der der Staat von Geburt an in die Altersvorsorge einzahl.</p>	<p>Ab welchem Alter sollen junge Menschen künftigen den Bundestag wählen dürfen?</p> <p>Dass sich junge Leute politisch schon früh engagieren, sich für konkrete politische Ziele einsetzen, ist im Sinne unserer Demokratie eine sehr gute Entwicklung.</p> <p>Junge Menschen sollen weiterhin ab 18 Jahren den Bundestag wählen dürfen. Es hat sich aus unserer Sicht bewährt, dass Wahlrecht und Volljährigkeit miteinander verknüpft sind. Das Wahlrecht ist nicht nur ein Recht, sondern auch eine staatsbürgerliche Verantwortung.</p> <p>Es wäre daher widersprüchlich, wenn jemand wählen dürfte, der noch nicht voll geschäftsfähig oder voll strafmündig ist.</p>	<p>Wie können Lieferketten gestärkt werden, dass Produktion und Konsum nicht auf Kosten der Menschen in anderen Länder gehen?</p> <p>Wenn wir Waren aus Entwicklungsländern importieren, bedeutet das Arbeit und Einkommen für die Menschen dort.</p> <p>Voraussetzung ist, dass Menschenrechte, Arbeitsrechte und Gesundheitsstandards eingehalten werden. Dazu setzen wir uns in internationalen Abkommen ein, nehmen aber auch die Unternehmern in die Pflicht. Dafür wurde das sogenannte Lieferkettengesetz erlassen. Darüber hinaus ist wichtig, dass auch ein fairer Anteil des Produktpreises bei den Arbeitern ankommt. Dazu sind z. B. entsprechende Gütesiegel (fair trade) auf Produkten hilfreich.</p>	<p>Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie die nationalen Klimaschutzziele bis 2030 erreichen?</p> <p>CDU und CSU stehen zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur zu begrenzen. Darin unterstützen wir die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65 % (ggü. 1990) zu reduzieren, um das 1,5 Grad Celsius Ziel zu erreichen.</p> <p>Auf dem Weg zur Klimaneutralität setzen wir auf effiziente marktwirtschaftliche Instrumente, wie z. B. den Emissionshandel. Wir setzen u. a. auf den Ausbau erneuerbarer Energien und eine nachhaltige Mobilität und wir wollen die energetische Sanierung von Häusern und Wohnungen fördern.</p>	<p>Sollten Teile unseres Essens, wie Fleisch und Milch weiterhin so billig verkauft werden?</p> <p>Unsere Nahrungsmittel sind unsere Lebensgrundlage. CDU und CSU wenden sich strikt dagegen, dass sie verramscht oder verschwendet werden. Wir haben deshalb schon ein Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln in Supermärkten unter dem Engpasspreis erlassen.</p> <p>Unser Ziel ist es, dass Tierschutz bei der Erzeugung besser bezahlt wird. Wir werden auch eine Haltungs- und Tierwohlkennzeichnung einführen und eine Nationale Lebensmittel-Agentur auf den Weg bringen, die für mehr Wertschätzung für unsere Lebensmittel und unsere Landwirtschaft wirbt.</p>	<p>Wie gleichen Sie die durch Corona entstandenen Ungerechtigkeiten und langfristigen Folgen für uns junge Menschen aus?</p> <p>CDU und CSU tun alles, dass junge Menschen nicht zu den Verlierern der Coronakrise werden. Wir haben ein Unterstützungsprogramm von einer Milliarde Euro für 2021/2022 aufgelegt.</p> <p>Mit einer weiteren Milliarde Euro helfen wir Kindern und Jugendlichen, die sozialen und psychischen Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen. Die Mittel gehen in frühe Bildung, Ferienfreizeiten, Familienberatung und Sozialarbeit. Hinzu kommt eine Einmalzahlung von 100 Euro für Kinder aus Familien, die auf Hartz IV angewiesen sind oder nur ein geringes Einkommen haben.</p>
--	---	---	---	--	--	---	---	--	--	--	--	--	--	--

CDU CSU

Seit Beginn der Coronapandemie sorgen wir uns um die Situation der Schüler*innen. Wir haben schon 1,5 Milliarden Euro für Ausstattung des digitalen Lernens auf den Weg gebracht.

Mit einem Modernisierungsprogramm wollen wir die Sanierung von Schulen beschleunigen und eine bessere Garantie geben, dass jede Schule ein schnelles Internet angeschlossen ist.

Kleine Klassen sind besser zum Lernen. Wir brauchen es genau Lehrer*innen und Klassenziele. Auch hierfür ist es, dass durch die SPD der Bund die Länder jetzt unterstützen darf.

SPD

Wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern bis 2030 erreichen. Dazu werden wir die Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung zu einem verbindlichen Fahrplan weiterentwickeln.

Wir sorgen dafür, dass Frauen in allen Paragrafen in gleichem Maße politische Entscheidungen beteiligt sind. Zudem wollen wir, dass Frauen den gleichen Lohn für die gleiche und gleichwertige Arbeit bekommen, wie Männer. Zudem sollen an der Spitze von Unternehmen in den Führungspositionen genauso viele Frauen wie Männer vertreten sein.

Wir gehen die Unterschiede in der Altersvorsorge von Männern und Frauen genauso an wie die nicht akzeptablen Lohn- und Gehaltsunterschiede bei gleicher Arbeit.

Die Grünen

Was Kinder und Jugendliche in der Pandemie geleistet haben, verdient große Respekt.

Wir wollen alles dafür tun, die Folgen der Pandemie für Schüler*innen zu beheben. Aus diesem Grund haben wir ein milliardenschweres Aufholpaket durchgesetzt.

Doch gerade weil es nicht nur um das Nachholen von Bildungsinhalten geht, sondern ganz besonders um die Kinder und Jugendlichen selbst, investieren wir bis zum Alter von 25 Jahren sein und die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit, für Begleitpersonal und für die Unterstützung der Familien.

Die Linke

Wir werden bezahlbaren Wohnraum erhalten und neuen schaffen. In angespannten Wohnlagen werden wir die Mietpreise senken und für eine bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden dürfen.

Mietwucher werden wir wirksam unterbinden und die Mietpreisbremse strecken. Instandhaltung und qualifizierter Mietpreiswettbewerb nur bundesweit nach einheitlichen und damit rechtssicheren Kriterien ausstellen und seine Bedachtung stärken.

Mit der Schaffung von Bodenfonds erhalten Kommunen ein Instrument für bezahlbaren Wohnungsbau.

Die SPD

Für die SPD gehören internationale Solidarität, universelle Geltung der Menschenrechte, Frieden und Dialog zum Grundverständnis des politischen Handelns.

Wir tun das, indem wir bei allen unseren Entscheidungen sowie auch von Unternehmern weltweit die Einhaltung der Menschenrechte und der gesellschaftlichen Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben.

Andere Hilfeleistungen, etwa gegen Drogenmissbrauch, Arbeitslosigkeit oder seelischer Vereinsamung, sind ebenfalls wichtige Aufgaben der Demokratie. Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit schützen und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte stärken.

Die Grünen

Jeder* Bürger*in – egal wo – soll einen Wohnortnahe Anschluss an den öffentlichen Verkehr haben. Dazu nutzen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung. Modelle wie das 365-Euro-Ticket oder Modellprojekte für einen ticticketreinen Nahverkehr unterstützen wir.

Für Kinder und Jugendlichen werden wir die freie Fahrt in und durch den Nahverkehr durchsetzen. Durch Förderprogramme und ein geändertes Straßenverkehrsrecht sollen mehr Flächen für öffentlichen Verkehr, Fußgänger*innen und Radfahrer*innen in den Kommunen geschaffen werden.

 Die Grünen Wir nehmen die Wirtschaft in die Pflicht im gegen Kampf gegen Ausbeutung, Kinderarbeit und Hungerlöhne. Mit dem Lieferkettengesetz haben wir einen historischen Schritt eingeleitet: Unternehmen aus Deutschland müssen prüfen, ob entlang ihrer Wertschöpfungskette Menschenrechte und Umweltstandards eingehalten werden. Daher wollen wir auch das Wahlalter ab 16 Jahre absenken. Jugendliche zeigen an vielen Stellen, dass sie politisch denken und für ihre Interessen und die der Gemeinschaft einstehen. Daher wollen wir auch das Wahlalter ab 16 Jahre absenken. Wer gegen die Sorgfaltspflicht verstößt, muss mit hohem Bußgeld rechnen. Wir sorgen dafür, dass Deutschlands Unternehmen Verantwortung übernehmen. | **Die Grünen** Den Klimawandel zu stoppen, ist eine Menschheitsaufgabe. Wir müssen die globale Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad Celsius begrenzen. Deutschland soll bis spätestens 2045 klimaneutral sein. Um das zu erreichen, werden wir für einen Boom bei erneuerbaren Energien sorgen, massiv in den ÖPNV und in eine Energiewende investieren. Wir werden die Wirtschaft beim Umbau zur Klimaneutralität Produktion helfen, Wasserstoff zur serienerreife bringen und den Gebäude-sektor klimaneutral machen. Auch ein Tempolimit auf Autobahnen hilft, das Klima zu schützen. | **Die Grünen** Lebensmittel sind unsere Lebensgrundlage. Sie sollen auch den Landwirten ihre Lebensgrundlagen sichern. Dies geht nur mit fairen Preisen für hochwertige Nahrungsmittel. Wir werden unfaire Handelspraktiken einen Riegel vorschieben. Sie schaden Verbraucher*innen, Landwirten*innen und fair handelnden Wertschöpfenden. Um die Lebensmittelverschwendung einzudämmen, werden wir es Produzenten und Handel untersagen, abgelaufene Lebensmittel zu verkaufen und zu entsorgen. Wir setzen uns für angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft ein. |

AfD

Die Verantwortung in der Bildungspolitik ist auf mehrere politischen Ebenen verteilt. Die Bürgermeister sind für den konkreten Zustand der Gebäude in ihren Kommunen zuständig und die Landesregierungen verantworten die Schulpolitik an sich – auch z.B. Klassengrößen.

Da die Regierungen immer mehr Geld für die Folgen der sog. Klimawandels- und der Migrationspolitik ausgeben, muss sie an anderer Stelle sparen.

Dies geschieht auf Kosten der Bildung. Die logische Fortsetzung dieser Fehlentscheidungen sind auch in der Coronapandemie zu beobachten.

Die Grünen

Das Grundgesetz (GG) schützt alle Menschen in Deutschland vor Diskriminierung (Art. 3). Es herrscht keine Geschlechterunterschiede in Deutschland.

Es gibt eine politische Bewegung, die die Idee der Gleichberechtigung zu einer extremistische Form der Identitätspolitik verformt hat, bei der die Erungenschaften unserer offenen Gesellschaft und ihrer durch das GG geschützten Rechte wieder abgeschafft werden sollen.

Sie möchten die Menschen wieder nach Fehlentscheidungen und dadurch diskriminieren. Das lehnt die AfD ab.

Die Grünen

Die Politik muss die Bildung wieder die Bedeutung einräumen, die sie in der Gesellschaft hat. Sie ist das Fundament unseres Zusammenlebens. Viele Kinder spielen intuitiv, welchen Indikatorenpraktiken sie ausgesetzt sind. Das hemmt die Lernfreude.

Die Politik muss wieder Wissens- und Sprachvermittlung in den Vordergrund stellen. Bildungsgerechtigkeit erfordert aber auch Differenzierung, nicht Gleichmacherei. Leistungsunterschiede zwischen den Schülern innerhalb einer Schulform müssen begrenzt bleiben, um optimale Lehrergebnisse zu erzielen.

Die Grünen

BAföG ist in der aktuellen Konzeption eine Sozialleistung. Darum sollen nur diejenigen es bekommen, die es wirklich brauchen.

Wir möchten das BAföG künftig so umbauen, dass besonders leistungsstarken Studenten das Darlehen bis zu 100 % erlassen wird. Bei Kindererziehung während des Studiums oder bei gesellschaftlichem Engagement soll auch ein Teil der Rückzahlung erlassen werden.

Zudem soll es möglich sein, auf den Darlehensanteil zu verzichten, um schuldenfrei ins Berufsleben starten zu können.

Die Grünen

Für die angemessene Bezahlung sind die Tarifpartner, also die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, zuständig.

Die Gehälter der Beschäftigten müssen auch erwirtschaftet werden. Steuern und Gebühren werden in diesem Falle von allen Bürgern vorher bezahlt. Es ist eine gesellschaftliche Frage, welchen Teil ihres Einkommens die Bürger dafür monatlich bereit sind, abzugeben.

Diesen Ausgleich haben nur die Tarifpartner im Blick. Politiker gehen sonst das Geld der Bürger aus, welches sie nicht selbst erwirtschaften.

Die Grünen

Mieten richten sich nach Angebot und Nachfrage. Alle staatlichen Versuche Mietoberhöhen gesetzlich zu regeln, sind bisher gescheitert, weil sich das Angebot vermindert und sich dadurch ein Schwarzmarkt mit höheren Mieten entwickelt. Bauen ist also die einzige Lösung.

Die Politik setzt dabei die Rahmenbedingungen. Zusätzlich müssen wir einer Migrationspolitik Einheit gebieten, durch die jedes Jahr Millionen in Größenordnung einer Großstadt einwandern. Diese müsste jedes Jahr gebaut werden, um die Nachfrage zu decken. Darum steigen die Mieten.

Die Grünen

Obdachlosigkeit ist ein komplexes Problem, bei dem nicht selten auch psychische Krankheiten eine Rolle spielen.

Obdachlosen Bürgern stellen jederzeit die Nutzung der freien Hilfsprogramme, Helfer und selbstverständlich Sozialleistungen zu. Diese müssen aber auch angenommen werden.

Um mehr Wohnungen anbieten zu können, um möchte die AfD das Wohngeld ausweiten, um die soziale Durchmischung in den Wohngebieten zu erhalten.

Die Grünen

Die AfD spricht sich für eine an den Bedürfnissen der Bürger orientierte Verkehrspolitik aus.

Ein ideologisch geleiteter Vortragspolitik, die bestmögliche Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, lehnt die AfD ab. Im Vordergrund steht für uns die Freiheit der Bürger in der Wahl des Verkehrsmittels. Individuelle Mobilität muss auch bezahlbar bleiben.

Wir verstehen Verkehr nicht als Kampf um öffentlichen Raum, sondern gestalten jeden Teilnehmer seine Räume zu. Eine Kluge Verkehrsplanung hat auch keine Diskriminierung nötig.

Je mehr junge Leute sich in Parteien engagieren, desto mehr Einfluss können sie erhalten. Aktuell sind noch nicht einmal 2% der Bevölkerung politisch aktiv. Nur wer aktiv ist, kann auch selbst etwas verändern.

Die Grünen

Eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 lehnt die AfD ab. Aus gutem Grund sind junge Menschen vor dem 18. Lebensjahr in den meisten bürgerlichen Pflichten befreit.

Zudem sind sie beschränkt geschäftsfähig. Dementsprechend sollten sie auch das vornehmste Recht eines Bürgers, das Wahlrecht, erst dann erhalten. Aktuell sind nur 16% der Jugendlichen gegenüber der Gemeinschaft erfüllen müssen.

Es darf keine Rechte ohne Pflichten geben.

Freie Demokraten FDP

Wir Freie Demokraten wollen mehr Geld für Bildung ausgeben. Daher fordern wir, einen Prozentpunkt des bestehenden Mehrwertsteueraufkommens zusätzlich in Bildung zu investieren – das sind rund 2,5 Milliarden Euro.

Darüber hinaus wollen wir die Autonomie der Schulen stärken und ihnen mehr Gestaltungsfreiheiten geben.

Jede Schule soll ein eigenes Budget erhalten, über dessen Verwendung sie autonom entscheidet. Auch Personalentscheidungen und die Auswahl der Lehrmittel trifft die Schule vor Ort.

Freie Demokraten FDP

Selbstverwirklichung muss für alle Menschen möglich sein – unabhängig vom Geschlecht. Die Realität sieht leider viel zu oft anders aus.

Wir wollen, dass alle Eltern frei entscheiden können, welches Arbeitsmodell sie wählen. Damit Väter und Mütter Beruf und Familie besser vereinbaren können, wollen wir flexible Angebote zur Kinderbetreuung fördern.

Wir fordern außerdem gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Leistung von Frauen und Männern. Ebenso setzen wir uns für mehr Frauen in Führungspositionen ein.

Freie Demokraten FDP

Wir Freie Demokraten fordern mehr Geld für Bildung ausgeben. Daher fordern wir, einen Prozentpunkt des bestehenden Mehrwertsteueraufkommens zusätzlich in Bildung zu investieren – das sind rund 2,5 Milliarden Euro.

Darüber hinaus wollen wir die Autonomie der Schulen stärken und ihnen mehr Gestaltungsfreiheiten geben.

Jede Schule soll ein eigenes Budget erhalten, über dessen Verwendung sie autonom entscheidet. Auch Personalentscheidungen und die Auswahl der Lehrmittel trifft die Schule vor Ort.

Freie Demokraten FDP

Wir Freie Demokraten wollen ein elternunabhängiges Baukasten-BAföG einführen.

Die freie Wahl des Studiums darf nicht länger von der Unterstützung der Eltern abhängig sein. Studierende sollen zum Kindergeld beziehungsweise zum Kinderfreibetrag der Eltern zusätzlich einen Sonderbetrag von 200 Euro erhalten.

Bei ehrenamtlichem Engagement oder Nebenberufstätigkeit soll es zudem einen weiteren Zuschuss in Höhe von 200 Euro geben.

Freie Demokraten FDP

Wir Freie Demokraten fordern Respekt und bessere Arbeitsbedingungen für soziale Berufe.

Wir wollen vor allem in der Pflege mehr Zeit für menschliche Zuwendung erlauben. Zudem soll ein umfassender Abbau von Bürokratie.

Wir wollen vor allem in der Pflege mehr Zeit für menschliche Zuwendung erlauben. Zudem soll ein umfassender Abbau von Bürokratie.

Freie Demokraten FDP

Der Wohnraum in unseren Städten wird knapper. Die Mieten steigen immer weiter. Dagegen hilft vor allem eins: Mehr Bauen. Daher wollen wir das Baurecht vereinfachen und mehr Bauland bereitstellen.

Entwengungen, Mietpreisbremse oder Mietendeckel sorgen letztlich für weniger Wohnraum. Auch der Sozietäten rück durch hohe Kosten für immer mehr Menschen in weite Ferne. Wir Freie Demokraten wollen dafür sorgen, dass Wohnen auch in Zukunft bezahlbar bleibt und sich der Traum vom Eigenheim für mehr Menschen erfüllen lässt.

Freie Demokraten FDP

Die universellen Menschenrechte sind die Grundlage jeder liberalen und freien Gesellschaft und schaffen weltweit die Basis für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Gerade in Krisenzeiten wie der aktuellen Corona-Pandemie sind diese Rechte umso wichtiger. Wir Freie Demokraten wollen sie stärker unter Druck.

Die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag hat zu diesem Thema detaillierte Vorschläge erarbeitet. Sie fordert u. a. eine Tariflösung aus Bund, Ländern und Kommunen, um Lösungen zu erarbeiten. Außerdem soll der „Housing First“-Ansatz weiterentwickelt werden, der eine eigene Wohnung als oberste Priorität ansieht.

Freie Demokraten FDP

Wir Freie Demokraten wollen, dass Deutschland seine Ideen schneller umsetzen kann und die dafür notwendige Infrastruktur bekommt. Für alle Verkehrswege – von der Schiene über die Straße bis zum Radweg – brauchen wir mehr Investitionen und einen zügigen Ausbau.

Bei der Verkehrsplanung müssen die Bedürfnisse des Radverkehrs umfassend berücksichtigt werden.

Ziel sind mehr sichere Radwege und Radfahrstreifen, die Konflikte mit dem motorisierten Verkehr vermeiden.

Freie Demokraten FDP

Wir Freie Demokraten wollen jungen Menschen eine Stimme geben. Denn wir fordern das Wahlrecht ab 16 für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und Europäischen Parlament.

Die Folgen politischer Entscheidungen werden vor allem die jungen und künftigen Generationen tragen – sei es bei der Renten-, Finanz-, Klima- oder Digitalpolitik. Wir wollen verhindern, dass Fehlentscheidungen von heute junge Menschen vor vollendete Tatsachen von morgen stellen. Stattdessen wollen wir junge Menschen in Entscheidungen einbinden.

Die Linke

Schulen brauchen gute pädagogische Fachkräfte und Räume, die Neugier wecken, Lust aufs Lernen machen und Platz für Mitgestaltung und Ausprobieren bieten.

Viele Schulen müssen zudem dringend saniert werden. Dafür muss mehr Geld in die Beschäftigung, Ausstattung und Lehrkräfte investiert werden.

Wir wollen, dass Menschen ihre Aufgaben in der Familie, Pflege und Beruf besser miteinander vereinbaren können. Dafür müssen die Arbeitszeiten sinken. Im Bundestag sollen Frauen und Männer gleich vertreten sein.

Deshalb kandidieren bei uns zu 50 Prozent Frauen.

Die Linke

DIE LINKE setzt sich für eine geschlechtergerechte Gesellschaft ein. Dafür schlagen wir ein Bündel sehr unterschiedlicher Maßnahmen vor. Wir wollen einen höheren Mindestlohn von 13 Euro pro Stunde. Denn es sind vor allem Frauen, die zu niedrigen Löhnen arbeiten.

Wir wollen, dass Menschen ihre Aufgaben in der Familie, Pflege und Beruf besser miteinander vereinbaren können. Dafür müssen die Arbeitszeiten sinken. Im Bundestag sollen Frauen und Männer gleich vertreten sein.

Deshalb kandidieren bei uns zu 50 Prozent Frauen.

Die Linke

Kinder und Jugendliche sind die meiste Zeit des Tages in der Schule. Daher sollte Lernen Spaß machen. Wir brauchen an Schulen eine neue Lernkultur und mehr Mitbestimmung. Wir wollen allen Jugendlichen eine Ausbildung oder ein Studium ermöglichen.

Wir wollen das Kindergeld auf 302 Euro erhöhen. Die Kommunen wollen ihre Kinder- und Jugendhilfe, Sportanlagen, Freizeithallen, Kultur und Bildungsangebote zu finanzieren. Busse sollen so fahren, wie es gebraucht wird – und nicht nur zweimal am Tag.

Die Linke

Wir setzen uns für ein rückzahlungs- und bedarfsgerechtes BAföG ein.

Bildungsentscheidungen sollen frei von Finanzsorgen oder Vorlieben der Eltern getroffen werden können. Der BAföG-Förderstatus muss regelmäßig und automatisch an die tatsächlichen und steigenden Lebenshaltungskosten angepasst werden.

Wir wollen die Altersgrenzen beim BAföG abschaffen und die Bezugsdauer an die reale durchschnittliche Studiendauer anpassen. Ebenso muss die Kopplung des BAföG an Leistungsüberprüfungen abgeschafft werden.

Die Linke

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Menschen für ihre Arbeit gut bezahlt werden.

Das beste Mittel sind Tarifverträge, die für alle Beschäftigten in einer Branche gelten. Dafür wollen wir bessere Regeln einführen. Im Sozialwesen gilt es leider große Unterschiede in der Bezahlung. Das Wohnraum ist reich, auch das nicht aus. Deshalb fordern wir einen bundesweiten Mietendeckel. Dann könnten Kommunen selbstkostenlos Mietoberhöhen festlegen und erhöhte Mieten auch absenken. Kommunen und Genossenschaften wollen wir helfen, weil mehr neue Wohnungen zu bauen.

Die Linke

Menschen haben Rechte, weil sie Menschen sind. Und die Umsetzung dieser Rechte kostet selbstverständlich Geld.

Für DIE LINKE gilt, dass bei Menschenrechten nicht gespart werden darf. Deswegen machen wir als DIE LINKE deutlich, dass Menschenrechte und Sozialfragen nicht gegeneinander ausgespielt dürfen dürfen. Das Recht auf Wohnen, Gesundheit, Bildung, Arbeit und Ausbildung sind wichtige Menschenrechte, die nicht nicht umfasend verwirklicht sind.

Das wollen wir ändern! Sparen wollen wir bei der Rüstung, die Reichen sollen mehr Steuern zahlen.

Die Linke

Wir wollen den Ansatz Housing First verankern. Er bedeutet, Obdachlose schnell und als ersten Schritt in Wohnungen unterzubringen. Obdachlose Menschen sollen einfach Hilfe und Rat erhalten.

Für Übergangseinrichtungen wollen wir klare gebührende Mindeststandards, etwa zur Größe der Räume oder den sanitären Einrichtungen. Niemand darf auf der Straße landen, weil er oder sie die Miete nicht bezahlen konnte. Leerstehende Häuser und Hotels sollen von den Städten und Gemeinden genutzt werden können, um Obdachlose in eine Unterkunft bieten zu können.

Die Linke

Wir wollen mehr Platz für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen auf den Straßen, mehr sichere und intakte Rad- und Fußwege und mehr Fahrradabstellanlagen. Das verbessert die Lebensqualität und Verkehrssicherheit.

Die Straßenverkehrs-Ordnung wollen wir fußgänger- und fahrradfreundlicher gestalten. Wir wollen ein bundesweites Fahrradwegenetz. Den ÖPNV wollen wir deutlich ausbauen und kostenlos machen. Die Fahrgastzahlen sollen sich bis 2030 verdoppeln. Dafür brauchen wir 200.000 neue Beschäftigte im ÖPNV und deutlich bessere Arbeitsbedingungen.

Die Linke

Wir wollen Kooperations- statt Freihandelsabkommen. Wir wollen in Wirtschaftsabkommen regeln, dass nur solche Güter importiert werden, die unter guten Arbeitsbedingungen und ohne Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen entstanden sind.

Die Europäischen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen derzeit zementieren die Abhängigkeit der ärmeren Länder und machen sie zu großen Rohstofflieferanten. Gleichzeitig werden ihre Arbeitsplätze verloren. Wir wollen die Handelsabkommen auf der Grundlage von fairem Wettbewerb, fairem Handel und Umweltschutz schließen und die Macht der großen Konzerne brechen. Die Spekulation mit Ackerflächen wollen wir beenden, sie sollen nur noch an Bauern und ihre Genossen schaffen verkauft werden.

Die Umwandlung von Agrarflächen in Bauland wollen wir stoppen.

Bündnis 90 Die Grünen

Wir wollen Schulen durch gezielte Investitionen des Bundes voranbringen. Denn wir wollen Schulen, in die Kinder und Jugendliche, aber auch Erzieher*innen und Lehrer*innen gerne gehen, egal ob auf dem Land oder in der Stadt, ob in ärmeren oder reicheren Vierteln.

Schulen sollen attraktive Orte sein. Dafür brauchen sie nicht nur schnelleres Internet und saubere Toiletten, sondern auch zeitgemäße Raumkonzepte mit Platz für inklusive Lernen.

Multiprofessionelle Teams sollen Kindern bestmögliche Unterstützung bieten und kleine Klassen ermöglichen.

Bündnis 90 Die Grünen

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle unabhängig vom Geschlecht selbstbestimmt leben und auch Frauen überall gleichberechtigt mitgestalten können – von der Arbeitswelt bis in die Parlamente.

Geschlechtergerechtigkeit denken wir als Querschnittsaufgabe. Um mehr Gleichberechtigung zu erreichen, wollen wir u.a. einen Gender-Check für Maßnahmen & Gesetze einführen, die neu geschaffene Bundesinstitutionen ausbauen und mit Quoten den Frauenanteil in Führungspositionen und Entscheidungsgremien erhöhen.

Bündnis 90 Die Grünen

Wir sind davon überzeugt, dass Kinder und Kinder individuelle Förderung statt Druck brauchen.

Schulen sollen starke Orte der Bildung, der Begegnung und der Inspiration sein. Dafür brauchen sie motivierte Fachkräfte, gut ausgestattete Barrierefreie Räume, Zeit für gemeinsames Lernen und Spielen, Forschen und Entdecken, gemeinsame kulturelle, soziale und demokratische Erfahrungen, Sprach- und Bewegungsförderung und Betreuung. Darum wollen wir in diese Lernumgebung und höhere Bildungsausstattung investieren.

Bündnis 90 Die Grünen

Faire Löhne sind mit Tarifverträgen zu erreichen. Diese umfassen nahezu alle Beschäftigten und sorgen für regelmäßige Lohnhöhungen. Deshalb sehen wir die rückläufige Tarifbindung der Unternehmen mit Sorge. Mit einem Bundestarifvertraggesetz wollen wir dafür sorgen, dass nur noch Unternehmen öffentliche Aufträge bekommen, die mindestens Tariflöhne bezahlen.

Außerdem wollen wir es einfacher machen, Tarifverträge branchenweit allgemeinverbindlich zu erklären. Als absolute Untergrenze muss zudem der Mindestlohn auf 12€ angehoben werden.

Bündnis 90 Die Grünen

Wirtschaftliche oder finanzielle Gründe dürfen in Menschenrechtsfragen keine ausschlaggebende Rolle spielen.

Die Achtung und der Schutz der Menschenrechte sind völkerrechtliche Pflicht. Regierungshandeln muss sich an Menschenrechten, dem Pariser Klimaabkommen und nachhaltiger Entwicklung ausrichten und entsprechende Standards setzen. Rüstungsexporte an autoritäre Staaten müssen z.B. tabu sein und Unternehmen müssen in der gesamten Lieferkette auf die Einhaltung von Umwelt- und Menschenrechtsstandards achten. Notfalls, wie geschehen, wirtschaftlich.

Bündnis 90 Die Grünen

In Deutschland sind derzeit etwa 700.000 Menschen wohnungslos, 40.000 leben ohne Obdach auf der Straße, mehr und mehr junge Menschen, Frauen und Familien. Um diesen Zustand zu beenden, wollen wir ein nationales Aktionsprogramm zur Vermeidung und Bewältigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit auflegen.

Die Grüne Jugend ist in diesem Prozess stets eine der aktivsten Gruppen und sorgt so dafür, dass sich auch die Perspektive junger Menschen im Programm niederschlägt. Zudem hatten sich in diesem Jahr auch besonders viele junge Neumitglieder über Einzelanträge beteiligt.

Bündnis 90 Die Grünen

Wir setzen uns für ein starkes Lieferkettengesetz mit verbindlichen Sorgfaltspflichten für Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ein.

Ein verbindlicher Rahmen für Menschenrechte und Umweltschutz schafft faire Wettbewerbsbedingungen und Risikoversicherheit. Unternehmen müssen Risikoprüfungen durchführen und z.B. bei Kinderarbeit Abhilfemaßnahmen ergreifen. Wenn deren Herstellung mit schweren Menschenrechtsverletzungen wie z.B. Kinder- oder Zwangsarbeit in Zusammenhang stehen, soll der Zugang zum EU-Binnenmarkt verwehrt werden.

Bündnis 90 Die Grünen

Wir wollen das deutsche Klimaziel 2030 auf mindestens 70 Prozent CO2 anheben und ein Klimaschutz-Sofortprogramm und eine massive Ausbaupflicht für Erneuerbare Energien – für Solar jährlich 10-12 GW, für Wind an Land 5-6 GW und insgesamt 35 GW Wind auf See bis 2035.

Den Kohleausstieg wollen wir bis 2030 vollziehen. Die bereits geplante Erhöhung des nationalen CO2-Preises für Verkehr und Wärme auf 60 Euro wollen wir auf 2023 vorziehen, verbunden mit der Einführung eines Energiegeldes. Klimaneutrale Industrie-technologien wollen wir gezielt fördern.

Bündnis 90 Die Grünen

Gerade Fleisch und Milch werden oft zu Dumpingpreisen verkauft, auf Kosten von Qualität, Tier- und Umweltschutz. Das wollen wir ändern.

Wir wollen gutes Essen zu fairen Preisen, die sich die Verbraucher*innen leisten können und den Bäuer*innen ein Auskommen sichern. Deutliche Verbesserungen beim Tierschutz würden zu moderaten Preissteigerungen führen. Dazu sind die allermeisten Menschen bereit. Klar ist aber auch: Für Menschen mit wenig Geld ist das kein Klacks. Sie wollen wir durch Erhöhen der Sozialleistungen bzw. Mindestlohn unterstützen.

Gefördert durch: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; bpb - Bundeszentrale für politische Bildung; DEUTSCHER BUNDESJUGENDRING

U18-Bundeskoordinierungsstelle - c/o Deutscher Bundesjugendring, Mühlendamm 3, 10778 Berlin - info@u18.org www.u18.org

Für diese Aufstellung haben wir im Rahmen der Kinder- und Jugendwahl U18 alle im 19. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien (Stand: 08.02.2021) und/oder die bei der Sonntagsfrage in der Gesamtbevölkerung (Stichtag: Juli 2021) über fünf Prozent erhalten haben, angefragt. Für die Antworten ist ausschließlich die jeweilige Partei verantwortlich.